

Für die universelle Bewegungsfreiheit und die gleichen Rechte für alle!

Beitrag von Lucile Daumas – Attac Marokko – Rostock 2007

Unsere Welt ist noch und immer wieder im Krieg. Nicht nur in Palästina, in Afghanistan, im Irak, im Libanon, im Kongo, in Nigeria, sondern auch im Umkreis der Kanarischen Inseln oder von Malta, in der Meerenge von Gibraltar, in der Ägais, an den italienischen, senegalesischen, mauretanischen Küsten, an der Grenze, die die USA und Mexiko trennt. Denn der „Kampf gegen die illegale Einwanderung“ bildet die vorverlagerte Front, ohne Zweifel eine der mörderischsten, eines Krieges, des sozialen Krieges, den die Multinationalen, die Investoren, die Spekulanten führen, übertragen durch die Regierungen und die Instrumente der Weltregierung, von denen die G8 zweifellos eine der verdorbensten, die illegitimste ist. Mehr als 8000 Tote in weniger als 20 Jahren wurden gezählt auf den Routen, die von Afrika Richtung Europa führen, aber heute dreht die Tötungsmaschine hoch und die Bilanz wird schwerer von Monat zu Monat.

Diesen Krieg führen die großen Mächte gegen jene, die ihre Profite sichern, gegen die ArbeiterInnen, die ihr Erreichtes in Frage gestellt sehen, gegen die Jugendlichen, die keine Perspektive haben als Prekarität und Flexibilität, gegen ImmigrantInnen, die in ihre Ghettos der Vorstädte und in die illegalisierten Werkstätten zurückgeworfen werden...

Diesen Krieg führen sie gegen ganze Völker, denen sie ihre landwirtschaftlichen, mineralischen und energetischen Reichtümer konfiszieren oder diese begehren und von denen sie die mageren übrigbleibenden Ressourcen herauspumpen mittels einer ungerechten Schuldenlast, die zunimmt während sie zurück gezahlt wird, mittels Privatisierungen, die die Völker ihrer öffentlichen Güter berauben, mittels eines ungleichen Handels, der nichts von frei hat außer dem Namen, mittels Diktaturen, die mehr oder weniger den Charakter einer Karikatur der Demokratie angenommen haben.

Niemals waren Reisen, Kommunikation, Austausch so einfach. In einer Zeit des Freihandels profitieren nur diejenigen von der Bewegungsfreiheit der Waren und des Kapitals, die diese besitzen. Die Menschheit ist geteilt in diejenigen, die sich frei bewegen können und diejenigen, denen das verboten ist, die Grenzen militarisieren sich, sind mit Stacheldraht gespickt, die Mauern ragen empor, transformieren Stadtteile, Städte, Länder, Regionen, an so vielen Festungen, in die sich die Wohlhabenden zurückziehen.

Das Grundrecht, das die Bewegungsfreiheit darstellt, verkündet im Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ist trotzdem eine Vorbedingung für die Wahrnehmung anderer Grundrechte, des Rechts auf Leben, das auch ein Recht ist, sich fortzubewegen, um Zugang zu Nahrung und Sicherheit zu haben, wenn sie fehlen, des Rechts auf Respekt und Würde, wenn sie im eigenen Land mit Füßen getreten werden. Was ist mit der Freiheit, wenn die alleinige Tatsache, unverheiratet zu sein, ein Motiv für die Verweigerung eines Visums sein kann? Das ist einem meiner marokkanischen Freunde passiert, der hier in Rostock sein sollte. Was ist mit dem Asylrecht, wenn der Flüchtling sich verpflichtet sieht, Asyl in einem Land zu beantragen, das er sich nicht ausgesucht hat und das ihn nicht aufnehmen will, all das, indem ihm die Zugangswege in ein anderes Land verschlossen werden? Es ist diese absurde Situation, die die Flüchtlinge erleben, die aus Schwarzafrika in das Land, in dem ich lebe, kommen, nach Marokko, und die sie dazu bringen, die Kundgebungen vor dem Sitz des UNHCR zu vervielfachen, der es vorgezogen hat, sich auf die Seite seiner Geldgeber zu stellen, der Staaten der Europäischen Union, statt auf die Seite derjenigen, die er eigentlich schützen sollte.

Nach Schaffung des Schengen-Raums haben die europäischen Länder mit Druck und Bedingungen ihre sogenannten „Partner“ des südlichen Mittelmeers aufgefordert, ihrerseits ihre Grenzen zu schließen gegenüber den Staatsangehörigen der Länder ihres Südens, die bis dahin ohne Probleme gingen und kamen von einem Land zum andern, in den Fußstapfen ihrer

Vorfahren, die mit Karawanen unterwegs waren. Heute haben sich die Maghreb-Länder in eine Mausefalle verwandelt für diejenigen, die es schaffen, dort einzudringen, wo die MigrantInnen versuchen sich durchs Leben zu schlagen und Razzien und Rückführungen an die Grenze zu entkommen, indem sie sich in den Wäldern verstecken, sich in die Gässchen der Arbeiterviertel verkriechen, wo sie zu exorbitanten Preisen enge und ungesunde Zimmer mieten.

Noch schlimmer: nach Unterzeichnung von Ketten-Rückübernahmeverträgen sind dieselben Länder dazu angehalten, jeden Migranten wieder aufzunehmen, den die EU abschiebt, der durch ihr Territorium hindurch gekommen ist. Parallel dazu hat die EU ein Sicherheitsarsenal eingesetzt – das berühmte System FRONTEX – das die europäischen Steuerzahler Millionen kostet, um hochgezüchtete Überwachungssysteme zu entwickeln. Unternommen genauso kostspielig wie zum Scheitern verurteilt. Wie kann man einen ganzen Kontinent, seine Küsten und seinen Luftraum in ein immenses Netz pressen? Es ist unvermeidlich, dass die Ausreisekandidaten, die von einem geplünderten und verwüsteten Kontinent fliehen, die gesicherten Zonen umgehen, neue Routen erfinden, immer länger und gefährlicher, die wiederum der Mafia Glück bringen, wirkliche Blutegel, die sich auf alle rechtsfreien Zonen des Planeten draufpfropfen.

Die Frauen zahlen da einen schweren Tribut. Sei es auf den Migrationsrouten oder in den provisorischen Camps, sie erfahren unbeschreibbare Gewalttaten, sei es von Seiten der Repressionskräfte, der Mafia oder ihrer eigenen Landsleute, oder wegen der Bedingungen, unter denen sie verpflichtet sind zu leben. Vergewaltigungen, Angriffe, sind übliche Zahlungsmittel, aber auch Entbindungen am Straßenrand oder auf freiem Gelände, ohne jede medizinische Hilfe; Fehlgeburten verbunden mit der Härte des Lebens, mit Entbehrungen oder mit Schlägen... Das ist die Gewalt, die sie in Ruanda, im Kongo, in der Elfenbeinküste, in Nigeria erlebt haben, die sie dazu gebracht hat, sich auf den Weg zu machen, und diese Routen erlegen ihnen dieselbe Gewalt auf, ein Alptraum ohne Ende... Vergessen wir nicht, für sie gilt die Schließung der Grenzen, die Verweigerung des Rechts auf Asyl, das Gespenst der Abschiebung.

Draapiert in ihr gutes Recht und ihre Legitimität der Demokraten, haben die Staaten Europas und Nordamerikas den Kampf gegen die sogenannte illegale Einwanderung zu ihrem Schlachtpferd gemacht. Aber wer respektiert das Gesetz? Der Staat, der das international anerkannte Recht der Personen auf Bewegungsfreiheit mit Füßen tritt oder der Flüchtling, der eine Grenze übertritt? Der Staat, der Schulkinder abschiebt unter dem Vorwand, dass ihre Eltern keine Papiere haben, oder die Eltern, die angehalten sind, ihr Kind zur Schule zu schicken? Wer ist Demokrat? Der Kongolese, der sich weigert, einer Miliz beizutreten, um andere Afrikaner zu massakrieren, oder die europäischen Staaten, die den Wahlprozess ihrer früheren Kolonien kontrollieren, um abzusichern, dass der Präsident weiter die Dividenden der Schulden zahlt und die Ressourcen auf seinem Gebiet ausplündern lässt? Der Staat, der die illegalisierte Arbeit toleriert, um die Produktionskosten immer noch mehr zu senken und die Profite zu erhöhen, indem er so die Konkurrenz und die Prekarisierung aller ArbeiterInnen fördert – respektiert er das Gesetz?

Die industrialisierten Länder haben heute eine doppelte Politik gegenüber MigrantInnen:

- Die Politik der Nützlichkeit, die die Einwanderer benutzt, als schwächstes Glied auf dem Arbeitsmarkt, als Versuchsballon in Richtung Verallgemeinerung des Konzepts „Klenex-Arbeiter“, Arbeiter zum Wegwerfen nach der Benutzung.
- Die Politik der Sicherheit, die aus dem Migranten und dem Einwanderer Parias unserer heutigen Gesellschaften macht, und durch eine Mischung, so schnell wie unbegründet, zwischen Gassenkindern und Terroristen, einen wirklichen Krieg rechtfertigt, der sowohl in den Vorstädten als auch an den Grenzen Europas geführt wird, und der sich ausbreitet bis auf den Boden der Herkunfts- oder Transitländer der MigrantInnen. Er dient als Vorwand zur Schaffung wirklicher Gefängnisse, die die

„camps de retention“ (Bezeichnung der geschlossenen Flüchtlingslager in Frankreich, d.Ü.) sind, wo diejenigen festgehalten werden, die nichts getan haben außer ihr Recht auf Bewegungsfreiheit auszuüben.

Zu allen Zeiten haben die Ausbeuter die Armen als Bedrohung präsentiert und dabei vergessen, dass mit ihrem Schweiß ihr Wohlstand aufgebaut wurde. Diese Schuldzuweisung an das Opfer erlaubt es, eine wirkliche Debatte zu führen über die Gründe, die die MigrantInnen veranlassen, sich auf den Weg zu machen, über die Ausplünderung ihrer Herkunftsländer, über die Schulden, die sie erwürgen, über die strukturellen Anpassungsprogramme, die weit entfernt von dem Köder, sie in Richtung Entwicklung zu bringen, einen noch größeren Abstand in den Ungleichheiten zwischen den Kontinenten mit sich gebracht haben, über die Kriege schließlich, die eine westliche Einmischung erlauben dort, wo es Rohstoffe oder Energiereserven zur Aneignung gibt. Diese Debatte müssen wir in die Öffentlichkeit tragen. Wir, die MigrantInnen und wir, die KämpferInnen für eine andere Welt, die die Welt ablehnen, die die G8 und hinter ihnen die Spekulanten und Multinationalen uns vorschlagen.

Wir müssen fordern, dass das Prinzip der Verantwortlichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Wer ist verantwortlich für die massiven Bevölkerungswanderungen, sei es wegen Kriegen, Trockenheit, Arbeitslosigkeit, Diktatur, Zerstörung von Arbeitsmitteln? Wer fordert die Rückzahlung ungerechter Schulden und das Aufgeben öffentlicher Güter zum Schaden der Sozialpolitik und der öffentlichen Budgets? Wer verweigert Maßnahmen zur Rettung des Planeten angesichts des Klimawandels? Und es sind diese Staaten, verantwortlich für so viele Personen auf dem Weg, die sich weigern, die Opfer ihrer Politik auf ihren Territorien zu empfangen.

Wir müssen die absolute Respektierung der Grundrechte fordern und an erster Stelle des Rechts auf Bewegungsfreiheit, ohne die niemand sich schützen kann vor Bomben, vor Gewalt, vor Elend, vor Mangel an Wasser, Schulen und Krankenhäusern. Wir müssen die Respektierung der Rechte der Flüchtlinge fordern, wie sie in der Genfer Konvention stehen, und die Umwandlung des UNHCR von seiner Rolle als Schützer von Flüchtlingen zum Schützer des Interesses der großen Mächte. Wir müssen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ einfordern, was auch immer das Geschlecht oder die Herkunft der Arbeitskraft ist.

Wir müssen die materiellen und immateriellen Mauern bekämpfen, die die Bewegung der Personen und den Austausch zwischen Menschen behindern, die dazu führen, dass je nach dem Land, in dem jemand geboren ist, die Rechte nicht für alle die gleichen sind.

Wir müssen die Annullierung der Schulden der 3. Welt fordern, den Stopp der Ausplünderung ihrer Reichtümer und die Wiederherstellung der Souveränität der Völker, der politischen, ökonomischen, ernährungsmäßigen und kulturellen Souveränität.

Diese Debatte haben wir in die Wege geleitet, diese Forderungen haben wir auf einer ersten „Euro-afrikanischen Nicht-Regierungskonferenz zu Migrationen, Grundrechten und Bewegungsfreiheit“ vorgetragen, die in Rabat stattfand gerade mal vor einem Jahr, im vorigen Juni. Wir haben sie noch einmal nach vorne gebracht während des Weltsozialforums in Nairobi. Wir bringen sie hier von neuem mit Kraft zum Ausdruck. Wir müssen sie gleichermaßen während des nächsten euro-afrikanischen Gipfels im nächsten November in Lissabon vortragen.

Von Chicago nach Paris, von Ceuta nach Bamako, von Seoul bis El Ejido, fordern MigrantInnen und Papierlose laut und stark ihre Rechte und die Anerkennung ihres Beitrags zur Produktion der Reichtümer dieser Welt. Und sie schreien sie ins Gesicht derjenigen, die sich hier in vier Tagen versammeln wollen: „Unsere Leben sind mehr wert als eure Profite. Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“